

fleißigen und alles wegzulassen, was uns aus zahllosen Reden und aus den Äußerungen im Börsenblatt schon bekannt ist. Ebenso möchte ich dringend bitten, alle Erörterungen über die wirtschaftliche Notwendigkeit eines 20prozentigen Teuerungszuschlages beiseite zu lassen. Ich glaube kaum, daß in diesem Saale jemand anwesend ist, der von dieser Notwendigkeit nicht überzeugt wäre; sollte aber wirklich ein solcher Zweifler hier sein, so werden Sie ihn doch nicht überzeugen können. Der Gegenstand bringt es ferner mit sich, daß ich die Bitte aussprechen muß, sich auch in der Form Ihrer Ausführungen möglichst zu mäßigen, vor allem aber Angriffe auf Persönlichkeiten zu vermeiden, die nicht anwesend sind und infolgedessen eine Erwiderung nicht folgen lassen können. Ich bitte immer zu bedenken, daß die Güte einer Sache nicht abhängig ist von der Stärke der Ausdrücke, mit denen sie vertreten wird. Ich frage zunächst, ob jemand zu diesen einleitenden Worten das Wort zu nehmen wünscht.

Herr Gottlieb Braun (Marburg): Meine Herren, gestatten Sie zunächst, daß ich Sie namens des Mitteldeutschen Buchhändlerverbandes und der Marburger Kollegen im besonderen hier willkommen heiße. Sie nach Marburg einzuladen, war in Anbetracht der schönen Tage, die wir in Goslar erleben konnten, ein gewisses Wagnis, denn so bequem wie in Goslar, wo wir alle unter einem Dach wohnen konnten, war es hier in Marburg nicht einzurichten. Umso mehr freuen wir uns über den starken Besuch, und ich hoffe, Marburg wird Sie in mancher Weise für die Mühen und Unbequemlichkeiten entschädigen, die Sie gegenüber Goslar haben. Ohne gewisse Vorbereitungen kann man jetzt eine größere Anzahl Gäste nicht ohne weiteres versorgen, und ich frage daher, ob alle Herren an dem heutigen Abendessen teilnehmen (Zustimmung), ferner an dem morgigen Mittagessen (Zustimmung). Ich empfehle sodann dringend, am Montag sich an dem Ausflug nach dem Frauenberg zu beteiligen. Für weitere Ausflüge nach der Talspitze stelle ich mich gern zur Verfügung, für einen solchen nach der Rhön Herr Reinhardt aus Fulda. Für den Vogelsberg und für die Rhön sind Ausflüge ausgearbeitet, im übrigen stellen sich für Ausflüge die hiesigen Kollegen gern zur Verfügung.

Vorsitzender Herr Walthar Jäh (Halle a. S.): Wir kommen nun zum ersten Punkt der Tagesordnung. Gestatten Sie, daß ich einige Ausführungen vorausschicke. Unsere Bemühungen, den Verlegervereinsvorstand nach Marburg zu bekommen, waren leider vergeblich. Wir haben am 10. August an Herrn Dr. Paetel geschrieben und ihn gebeten, das erste Referat über den Abbau der Notstandsordnung selbst zu übernehmen oder einen anderen Verleger dafür namhaft zu machen. Als wir nach vierzehn Tagen keine Antwort erhalten hatten, wurde festgestellt, daß Herr Dr. Paetel verreist war und sich keine Post nachschicken ließ. Daraufhin wurde mit dem gleichen Ersuchen an Herrn Dr. Siebed geschrieben, der unterm 23. August in einem ausführlichen Schreiben ablehnte. Am 26. August hat sich der Schriftführer des Verbandes an Herrn Hofrat Dr. Ehlermann gewandt und ihn gebeten, an den Verhandlungen teilzunehmen. Herr Dr. Ehlermann hat in einem sehr langen Schreiben abgelehnt. Schließlich habe ich am 1. September noch mit Herrn Georg Thieme gesprochen, ebenfalls ohne Erfolg. Am 8. September traf dann durch Eilboten die offizielle Absage des Verlegervereinsvorstandes ein. Der Verlegervereinsvorstand hat gebeten, sein Schreiben hier zu verlesen; ich hätte das ohnehin getan. Herr Dr. Paetel schreibt:

«Der Vorstand des Deutschen Verlegervereins bedauert, an der diesjährigen Tagung der Kreis- und Ortsvereine in Marburg nicht teilnehmen zu können. Es geschieht dies nicht aus Obstruktion, sondern aus dem Wunsche heraus, den uns allen am Herzen liegenden Ausgleich nicht zu gefährden. Wenn wir auch überzeugt sind, daß Sie alles daransetzen werden, um eine Vermittlung zwischen Verlag und Sortiment herbeizuführen und bei den Verhandlungen Reibungen möglichst zu vermeiden, so ist doch die Stimmung des Sortiments im Augenblick durch Mißverständnisse und eine alles Maß übersteigende Agitation so gereizt, daß bei den Verhandlungen trotz beiderseitigen guten Willens eine Erweiterung des Risses zwischen Verlag und Sortiment zu befürchten ist. Auch scheint uns der Verband der Kreis- und Ortsvereine augenblicklich nicht der Boden für eine Auseinandersetzung zu sein, da eine paritätische Behandlung der Frage nicht gewährleistet ist und auch die Darstellung der Leipziger Verhandlungen seitens des Vorstandes des Verbandes eine gewisse Parteinahme gegen den Verlegerverein durchblicken läßt. Das Sortiment, und wie wir befürchten, vielleicht

auch der Vorstand des Verbandes der Orts- und Kreisvereine erblickt in dem Vorgehen des Verlegervereins lediglich eine Unfreundlichkeit und Kampfansage gegen das Sortiment und hat leider vorläufig nicht eingesehen, daß die jetzige Krise lediglich das Ergebnis einer jahrelangen falschen Politik des Börsenvereins ist und die Flucht in die Öffentlichkeit nur einen verzweifelter Akt der Notwehr bedeutet. Wir kämpfen lediglich dagegen, daß der Börsenverein sich in die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Verlag und Sortiment in einer Weise einmischt, daß ein Teil majorisiert wird. Die Beziehungen zwischen Verlag und Sortiment müssen auf Grundlagen gestellt werden, die von beiden Seiten gestellt werden und die von beiden Seiten willig angenommen werden. Es darf deshalb keine Beschränkung der geschäftlichen Handlungsfreiheit von seiten des Börsenvereins festgesetzt werden, die nicht von beiden Seiten, Verlag und Sortiment, anerkannt wird. Unser Vorgehen in der Frage des Abbaues der Notstandsordnung ging deshalb einzig und allein von dem Grundsatz aus, die Zwangswirtschaft für den Verlag nicht noch zu vermehren und ihm auch noch das Recht der Rabattfestsetzung zu nehmen, nachdem ihm die Notstandsordnung schon die Festsetzung des Ladenpreises raubte. Lediglich die Frage des Äquivalents, das dem Sortiment für den Abbau der Notstandsordnung zu bieten war, schien uns diskutabel. Auf diesem grundsätzlichen Standpunkt muß der Vorstand des Deutschen Verlegervereins so lange beharren, bis nicht ein Ausweg gefunden ist, der mit diesem Prinzip vereinbar ist, oder der Verlegerverein als solcher einen anderen Standpunkt einnimmt als in seinen früheren Hauptversammlungen. Solchen Ausweg zu finden, scheint uns aber die Marburger Tagung durchaus ungeeignet zu sein, da die verschiedenen leisen Fäden, die sich durch unverbindliche Verhandlungen zwischen Sortimentern und Verlegern, einzelnen Vereinigungen und schließlich dem Vorstande des Börsenvereins und dem des Verlegervereins geknüpft haben, eine parlamentarische Behandlung nicht vertragen. Nach gegenseitiger Vereinbarung zwischen Herrn Hofrat Meiner und mir wird der Vorstand des Börsenvereins und des Deutschen Verlegervereins nach der Marburger Tagung in Verhandlungen eintreten, die Aussicht auf eine Verständigung bieten. Zurzeit hätte der Verlegervereinsvorstand in Marburg nur seinen prinzipiellen Standpunkt wiederholen können, ohne einen beide Teile befriedigenden Vergleich abschließen zu können, wobei die Gefahr vorlag, die Mißstimmung auf beiden Seiten zu steigern. So hielten wir unsere Beteiligung an der Marburger Tagung für zwecklos und dem Gesamtbuchhandel gefährlich. Da es uns außerordentlich erwünscht ist, daß alle Versammlungsteilnehmer die Gründe unseres Fernbleibens erfahren, bitten wir Sie, diesen Brief der Versammlung vorlesen zu wollen.»

Nun, meine Herren, Sie haben das Schreiben des Verlegervereinsvorstandes gehört. Der Verbandsvorstand hat sich von der Triftigkeit der angegebenen Gründe nicht überzeugen können; er bedauert, daß der Vorstand des Verlegervereins hier nicht vertreten ist, und ist der Meinung, daß ohne eine sachliche Aussprache an dieser Stelle nicht zu einem friedlichen Ausgleich zu gelangen ist. Sind Zusammenstöße wirklich unvermeidlich, so ist es besser, sie erfolgen in einer Hauptversammlung des Verbandes und nicht in der Hauptversammlung des Börsenvereins. Vor allem aber muß der Vorstand des Verbandes den Vorwurf zurückweisen, daß eine paritätische Behandlung der Angelegenheit in diesem Kreise nicht gewährleistet sei. Der Verbandsvorstand kann die offenbar vorhandene Ansicht des Verlegervereinsvorstandes, er habe sich in dem Kampfe zwischen dem Vorstand des Verlegervereins und dem Sortiment jeder sachlichen Stellungnahme zu enthalten, nicht als richtig anerkennen. Er vermag die ihm durch die Satzung zugewiesene Aufgabe nicht so eng aufzufassen, sondern glaubt, dem Interessenausgleich zwischen Verlag und Sortiment dadurch am besten zu dienen, daß er jede darauf abzielende Handlung nach Kräften unterstützt und jedes gewaltsame Vorgehen der einen Gruppe gegen die andere bekämpft. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es nicht richtig wäre, wenn der Verbandsvorstand die ihm vom Verlegervereinsvorstande zugedachte passive Rolle übernehmen würde, sondern daß er aktiv vermittelnd eingzugreifen hat. Wie irrig die Meinung des Verlegervereinsvorstandes über die Stellungnahme des Verbandes zu dem ganzen Konflikt selbst ist, wird Ihnen aus den Ausführungen klar werden, die ich im Anschluß an das Referat des Herrn Ritschmann machen werde.